

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018



Bald 11-Millionen-Schweiz? 3

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.



Rolle der Gewerkschaften? 5

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.



EU-Diktat? 7

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.



Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem

soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohl-

stand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

Kommentar



Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?

**Mit Spezialausgabe
Kanton Luzern**

Seite 12 - 15

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6% des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.



Nationalrätin Céline Amaudruz,
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 196'403 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und inno-



Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

vative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz

«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»

ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beiträgt oder mindestens EU-Recht auto-

matisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen

oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom

«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen ...»

Gemeinschaftsinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

Nationalrat Jürg Stahl,
Nationalratspräsident
2017, Brütten (ZH)



Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

Diskussionen werden abgeblockt

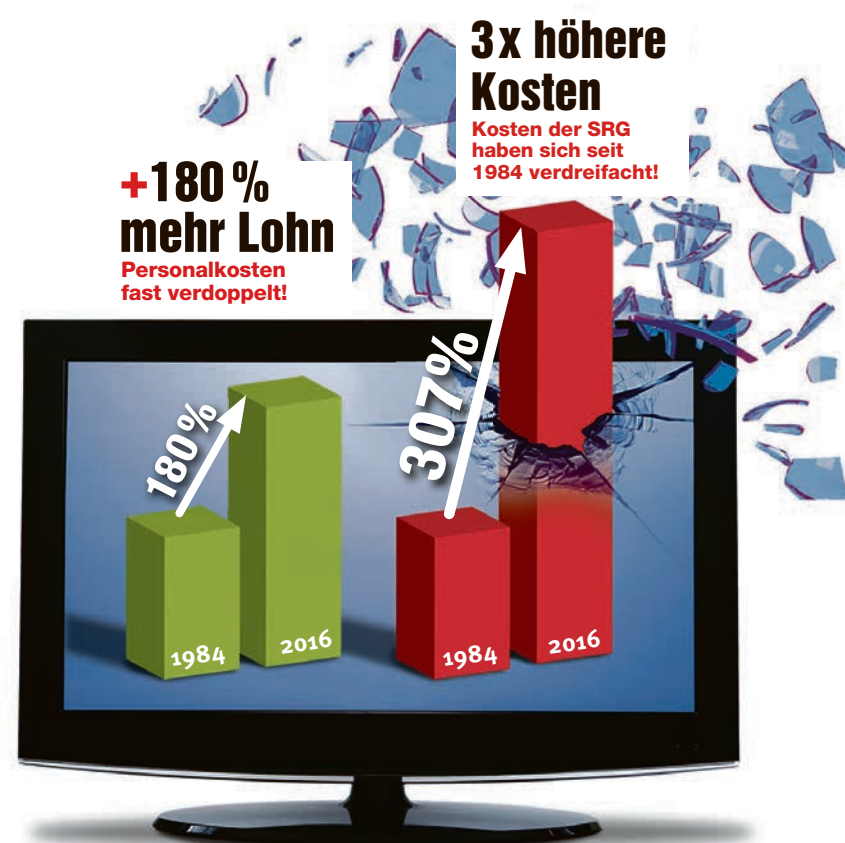
Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tönt ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happe Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,
Unternehmer, Zürich



Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.



8,5 Mio.
Ende 2017



11 Mio.
2040?



Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlichen durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

Abwanderung wäre sinnvoll

Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz. Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei

es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufszentrum. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zubezugen, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Schein-Flüchtlings aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!



Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rüfenberg (BL)

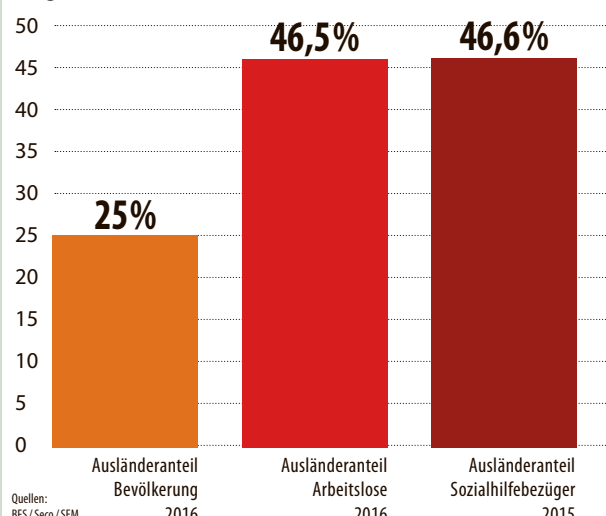
Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!

Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.

Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt – einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewander-

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken (Angaben in Prozent)



ten Ausländer mehr folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8% der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5% der Schweizer. Über 25% der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11%.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beendet werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zubezogenheit unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Perso-

Massive Zuwanderung stoppen!



Jetzt Begrenzungs-Initiative unterschreiben.

nenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in

die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt der zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.



Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.



Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)



Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftsraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017“ steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu

dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der



Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

«Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt. »

Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtensmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Un-

mut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlmann-Image verblasst.»

Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017“ der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklichs-

ten“ Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als

450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder“, die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.

Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)



Bauer und Schwyzer Nationalrat Marcel Dettling

«Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt.»

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

Viehzucht-Betrieb

27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone

Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch

14 Milchkühe

20 Mastkälber

20 Schafe

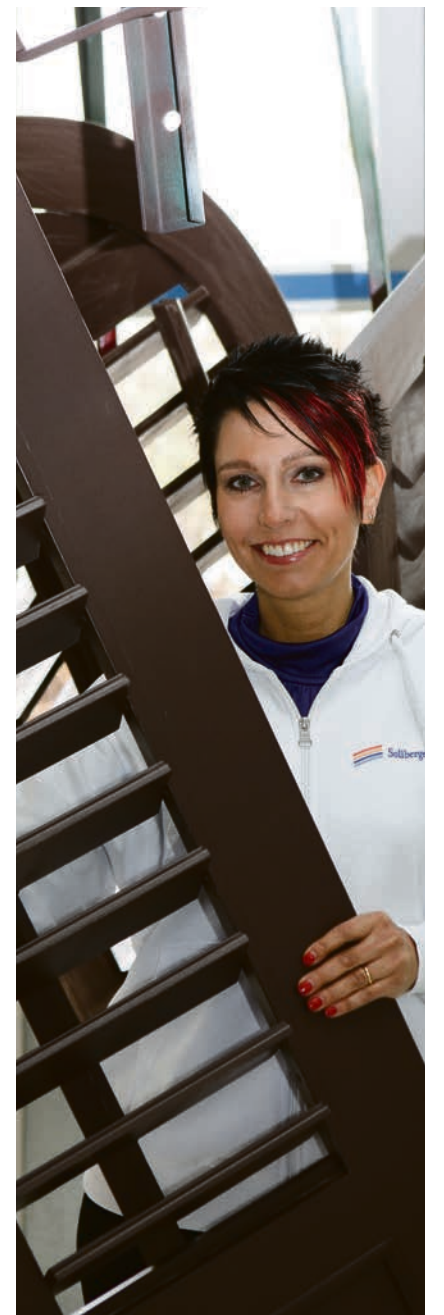
Porträt Nationalrätin und Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin – als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.



Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Andererseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergärten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorffeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.



Nationalrat Andreas Glamer, Oberwil-Lieli (AG)

Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermaßen.

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen



Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosen-

einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in

sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Fe-

«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»

geldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für

der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet

rien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen.

Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionen-

«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»

beträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin
EMS-CHEMIE AG (GR)



«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge. Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»



Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt. Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»



Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis. Vor den Wahlen wird das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»



Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöffland (AG)

«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»



Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»



Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG)

Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntelang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.



Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»¹ müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schultensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-,

Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er

eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat

– damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürftigen.

Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen ¹ (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
Monatliche Bezüge	CHF 2'625.00	CHF 3'533.00	CHF 5'011.00

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnpreisen in der Agglomeration Zürich.

Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höheren Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Muri

Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Beitritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

Staatsstreich durch die Hintertüre
Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funkti-



Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

onäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an

Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht

«Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann.»

sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen

über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

Kommentar

Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härfälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)



Kommentar

Verfehlte Flüchtlingspolitik



Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.



Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!



Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandsprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandskonkurrenz abzufedern.

Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck? Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz,

und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplo-matie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünsch-

ten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.



Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!



Wussten Sie, dass ...

... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?

Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der dritt wichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?

Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?

Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog, Nationalrätin, Frauenfeld



Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts

übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwilli-

ge Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

Kommentar

Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür ertete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

Scherbenhaufen

Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteils in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wundert, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

Erpressung

Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

Unredlichkeit

Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hinein-führen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

Wie weiter?

Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

Keine Zwangsheirat

Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkräften.



Nationalrat Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor Weltwoche, Küsnacht (ZH)

Gewinnen Sie beim nicht so tierisch ernsten Wettbewerb

Online mitmachen unter:
www.svp.ch/wettbewerb

Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?



- ☐ **MA** Mond ☐ **SEL** Sünneli ☐ **EL** Stern

2. Was heisst SVP?



- ☐ **UO** s'il vous plaît ☐ **GI** Sixpacks vor pleasure ☐ **BS** Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?



- ☐ **TBE** Freiheit und Unabhängigkeit ☐ **BAI** Umverteilung und staatliche Regulierung ☐ **ITZ** EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?



- ☐ **BLA** 25 Jahre Meinungsfreiheit ☐ **OPI** 25 Jahre 1. August-Feiertag ☐ **STI** 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?



- ☐ **YO** Adolf Ogi und Christoph Blocher ☐ **MM** Ueli Maurer und Guy Parmelin ☐ **AH** Christa Rigozzi und Linda Föh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?



- ☐ **UNG** Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917 ☐ **LAR** Gründung Jodlerklub Seerose 1952 ☐ **UPF** Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

Lösungswort:

- 1. Preis:** Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.
- 2. Preis:** Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.–.
- 3. Preis:** Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.–.

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ / Ort: _____

E-Mail / Natel: _____

Machen Sie online mit unter www.svp.ch/wettbewerb oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail info@svp.ch



Weltfremde Gerichtsurteile

Die Urteile fremder Richter stehen heute über unseren Volksentscheiden. Die politische Elite will das so. Der gesunde Menschenverstand wird damit zum Teil ausgeschaltet. Das zeigen folgende Beispiele:

Richter in Strassburg schützen Versicherungsbetrügerin

Frau Vukota-Bojic erlitt einen Verkehrsunfall und erhielt in der Folge eine volle Invalidenrente. Sie verweigerte jedoch später eine weitere medizinische Untersuchung. Also liess die Unfallversicherung sie durch einen Privatdetektiv überwachen. Dieser beobachtete Frau Vukota-Bojic bei Tätigkeiten wie beispielsweise beim Einkaufen und Autofahren, die gemäss einem Experten auf eine Arbeitsunfähigkeit von lediglich noch 10 Prozent schliessen liessen. Dies führte zu einer Reduktion der Rente, was auch das Schweizerische Bundesgericht gut hiess. Doch die Richter in Strassburg sahen in der Überwachung von Frau Vukota-Bojic eine Verletzung der Privatsphäre – obwohl sie zu Unrecht eine massiv zu hohe Rente bezog!

(Urteil Vukota-Bojic gegen die Schweiz, 18.10.2016, Nr. 61838/10)

Richter in Strassburg schützen kriminellen nigerianischen Sozialhilfebezügler

Herr Udeh, ein Nigerianer, war früher einmal mit falscher Identität in die Schweiz eingereist, wurde später wegen Kokainhandels in Deutschland verurteilt und wollte schliesslich



Nicht demokratische legitimierte Urteile der Richter in Strassburg stehen seit ein paar Jahren über Volksentscheiden der Schweiz. Die Selbstbestimmungs-Initiative will dies wieder ändern.

wieder in der Schweiz leben. Hier bezog er Sozialhilfe. Er hatte zudem eine Schweizerin geheiratet, mit ihr zwei Kinder gezeugt, sich von ihr dann scheiden lassen und mit einer neuen Freundin ein weiteres Kind gezeugt. Das Schweizerische Bundesgericht verweigerte ihm ein Aufenthaltsrecht, unter anderem auch, weil er beruflich und sozial schlecht integriert war und schlecht Deutsch sprach. Doch die Richter in Strassburg stellten sein Interesse, in der Schweiz zu leben, über das Ziel, kriminelle Ausländer von der Schweiz fernzuhalten, und so durfte Herr Udeh in der Schweiz bleiben!

(Urteil Udeh gegen die Schweiz, 16.4.2013, Nr. 12020/09)

Fakt ist:

Ein zentrales Menschenrecht ist das Stimm- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger. Bereits Art. 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte sagt, dass jeder Mensch das Recht hat, an der Leitung öffentlicher Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dies bedeutet auch, sich nicht durch fremde Richter bestimmen zu lassen. In der direkten Demokratie haben die Schweizerinnen

und Schweizer am meisten Mitbestimmungsrechte. Das Volk ist der Souverän. Von Iran über Afrika und Venezuela bis in die EU wünschen sich die Bürger zurecht mehr Mitbestimmung. Das Modell der Schweiz wird oft gerühmt. Verspielen wir diese Vorbildrolle nicht durch die Aufgabe unserer Selbstbestimmung!



Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona (SG)

Selbstbestimmung stärkt Wirtschaft



Extrablatt im Interview mit Nationalrat und Unternehmer Franz Grüter, Verwaltungsratspräsident der green.ch. Die green.ch AG wurde 1995 gegründet und gehört heute zu den führenden Informatikdienstleistern der Schweiz. Der 54-jährige Grüter ist verheiratet und lebt mit seinen beiden Töchtern sowie einem Sohn in Eich im Kanton Luzern. Er engagiert sich beim FC Luzern und besucht regelmässig die Heimspiele seines Lieblingsvereins. Er entspannt sich am besten in der Natur, zum Beispiel auf einer Biketour oder beim Wandern.

Warum unterstützen Sie als Unternehmer die Selbstbestimmungs-Initiative?

Die Green-Gruppe ist erfolgreich tätig im internationalen Geschäft mit der Beherbergung von Daten und IT-Systemen in der Schweiz. Unternehmen aus der ganzen Welt vertrauen uns ihre Daten an. Wenn ich mit Kunden aus aller Welt spreche und sie frage, weshalb sie hierherkommen, höre ich immer wieder folgende Argumente: Die Schweiz ist ein unabhängiges, stabiles und neutrales Land. Wir sorgen eigenständig dafür, dass wir hier sichere und freihandelsähnliche Verhältnisse haben. Man hat Vertrauen in die Zuverlässigkeit, Stabilität und Unabhängigkeit unseres Landes. Dies sind die Werte, auf denen der Erfolg der Schweiz beruht. Aus tiefer Überzeugung glaube ich deshalb, dass wir die direkte Demokratie und Selbstbestimmung erhalten und stärken müssen.

Der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände behaupten, die Initiative schade dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Was sagen Sie?

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft Rechtssicherheit. Sie regelt klar, dass die Bundesverfassung die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft ist und Volksentscheide respektiert werden müssen. So bleibt unsere Rechtsordnung berechenbar und in der Gesellschaft und Wirtschaft verankert. Die Schweiz ist ein sehr beliebter Wirtschaftsstandort, weil wir dank der direkten Demokratie politisch sehr stabile und damit für Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen bieten können. Diesen Vorteil dürfen wir nicht verspielen. Deshalb braucht es die Initiative. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass Bundesrat, Bundesgerichte und Parlament im Sinne unserer Verfassung und damit auch der Bevölkerung entscheiden. Dies war in der jüngsten Vergangenheit erschreckenderweise nicht immer der Fall.

Setzt die Initiative die Planungssicherheit von Schweizer Unternehmen aufs Spiel?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Rechtslage mit einer «dyna-

mischen Rechtsentwicklung» und Regulierungshektik wird für Unternehmen in der Schweiz immer mehr zu einer Black Box. Unternehmen suchen Verlässlichkeit. Rechtssicherheit hat daher als Standortfaktor einen zentralen Stellenwert. Wo die rechtliche Situation unberechenbar wird, leidet das Investitionsklima. Die direkte Demokratie schafft die dringend nötige Rechtssicherheit und Stabilität.

Was sagt Ihre Familie zu der von Ihnen vertretenen Politik?

In meiner Familie muss ich keine Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind uns der Erfolgsgeschichte der Schweiz bewusst, welche darauf beruht, dass wir hier selbständig, frei und unabhängig bestimmen können. Gerade die jüngsten Beispiele zeigen, wie Entschiede aus Brüssel immer öfter zentralistische Züge annehmen und deshalb in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis stossen. Aus der Schweiz, mit einer jahrhundertealten Tradition der Selbstbestimmung, ist die direkte Demokratie nicht wegzudenken.

An unserem bewährten demokratischen System festhalten

Die direkte Demokratie ist eine der Säulen unseres politischen Systems. Sie ist Ausdruck der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Doch den Eliten in Politik und Recht ist die direkte Demokratie ein Dorn im Auge.

Alle drei Staatsgewalten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, internationales Recht über unser eigenes Recht zu stellen. Damit schränken sie die Mitbestimmung der Bürger ein. So stellt das Bundesgericht neuerdings auch das nicht zwingende Völkerrecht über das Schweizer Recht. Noch im Jahr 2010 war klar, dass Verfassungsbestimmungen, die nicht zwingendem Völkerrecht widersprechen, umgesetzt werden müssen. Die neue Ordnung bedeutet zum Beispiel, dass trotz Ausschaffungsinitiative ein verurteilter, rückfallgefährdeter, arbeitsloser deutscher Schläger nicht nach Deutschland ausgeschafft werden kann, weil er dank der Personenfreizügigkeit in der Schweiz leben darf.

Keine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Auch das Parlament beschränkt den Einfluss des Volkes mit dem Argument, dass die Verfassung gegenüber

internationalem Recht «sekundär» sei (Nationalrat Kurt Fluri, FDP). So hat es sich geweigert, den Entscheid des Stimmvolkes umzusetzen, dass wir die Zuwanderung wieder selber steuern wollen. Ziel des Parlaments war es, auf keinen Fall die EU zu verstimmen. Gebracht hats, wie wir jetzt wissen, nichts!

Internationalisierung ist Hauptgrund für Überregulierung

Schliesslich richtet sich auch die Verwaltung in erster Linie nach internationalem Recht aus. Unablässig passt sie ihre Vorschriften dem EU-Recht und den Empfehlungen und Länderberichten von internationalen Organisationen an. Die Internationalisierung des Rechts beschert uns neue detaillierte Vorschriften über Lebensmittel, immer neue Beschränkungen im Finanzbereich, menschenrechtlich motivierte Geschlechterquoten in



Nationalrat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht, Zürich: «Der Vorrang des internationalen Rechts bringt der Schweiz eine Entmündigung und Beherrschung der Bürgerinnen und Bürger. Damit muss Schluss sein.»

Verwaltungsräten und zahllose andere Beschränkungen unserer Freiheit.

Bewährte Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung der Bürger hat uns Wohlstand und Frieden gebracht.

Dagegen bringt uns der Vorrang des internationalen Rechts, diese neue Wunderwaffe zur Entmündigung und Beherrschung der Bürger: Immer mehr Gesetzesvorschriften, eine unkontrollierte Zuwanderung und Kriminelle,

die unter dem Titel der Personenfreizügigkeit in der Schweiz verweilen. Kehren wir zum bewährten System der demokratischen Mitbestimmung der Bürger zurück und sagen Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Was will die im August 2016 eingereichte Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»?

Die Selbstbestimmungsinitiative möchte die bewährte Ordnung wiederherstellen. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Die Politiker verweigern dem Verfassungsrecht unter Berufung auf internationales Recht und sog.

völkerrechtliche Verträge den Vorrang. Die Selbstbestimmungsinitiative will die bewährte Ordnung, dass die Schweizer Verfassung vor internationalen Verträgen Vorrang hat wiederherstellen. Dies garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Wir übernehmen Verantwortung ... im Bundeshaus

64 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

Kanton Aargau



Thomas Burgherr
01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, 3 Kinder, Williberg



Sylvia Flückiger-Bäni
01.06.1952, Unternehmerin, 2 Kinder, Schöffland



Ulrich Glezendanner
31.10.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Rothrist



Andreas Glarner
09.10.1962, Unternehmer, 2 Kinder, Oberwil-Lieli



Hansjörg Knecht
24.03.1960, Unternehmer, Leibstadt



Maximilian Reimann
07.05.1942, Dr. iur., Finanzjurist, 2 Kinder, Gipf-Oberfrick



Luzi Stamm
09.09.1952, Rechtsanwalt / Ökonom, 3 Kinder, Baden-Dättwil

Kanton Appenzell Ausserrhodens



David Zuberbühler
20.02.1979, Unternehmer, 2 Kinder, Herisau

Kanton Basel-Stadt



Sebastian Frehner
02.09.1973, Dr. iur., Jurist, Unternehmer, 1 Kind, Basel

Kanton Basel-Landschaft



Thomas de Courten
29.07.1966, Unternehmer, 3 Kinder, Rünenberg



Sandra Sollberger
27.10.1973, eidg. dipl. Malermeisterin, Unternehmerin, 2 Kinder, Bubendorf

Kanton Bern



Andreas Aepli
26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, 3 Kinder, Alchenstorf



Adrian Amstutz
02.12.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Sigriswil



Manfred Bühler
10.04.1979, Rechtsanwalt, Cortébert



Andrea Geissbühler
03.08.1976, Polizistin, Reitpädagogin, 3 Kinder, Bärswil



Erich Hess
25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern

Kanton Bern



Nadja Pieren
14.02.1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Burgdorf



Albert Rösti
07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, 2 Kinder, Uetendorf



Werner Salzmann
05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, 4 Kinder, Mülchi



Erich von Siebenthal
30.12.1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, 3 Kinder, Gstaad

Kanton Freiburg



Pierre-André Page
19.04.1960, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Châttonaye



Jean-François Rime
28.06.1950, Unternehmer, 3 Kinder, Bulle

Kanton Genf



Céline Amaudruz
15.03.1979, lic. iur., Vermögensverwalterin, Genf



Yves Nidegger
17.05.1957, Anwalt, 5 Kinder, Genf

Kanton Graubünden



Heinz Brand
06.09.1955, Berater, Jurist, 1 Kind, Klosters



Magdalena Martullo-Blocher
13.08.1969, lic. oec., Unternehmerin, 3 Kinder, Meilen

Kanton Luzern



Yvette Estermann
26.02.1967, Ärztin, 1 Kind, Kriens



Franz Gräter
29.07.1963, Unternehmer, 3 Kinder, Eich



Felix Müri
22.01.1958, Unternehmer, 4 Kinder, Emmenbrücke

Kanton Nidwalden



Peter Keller
22.04.1971, lic. phil. I, Autor/Journalist, Hergiswil

Kanton Schaffhausen



Thomas Hurter
01.11.1963, Linienpilot, 2 Kinder, Schaffhausen

Kanton St. Gallen



Toni Brunner
08.10.1974, Landwirt, Ebnat-Kappel



Roland Rino Büchel
24.08.1968, Sportmanager, Kleinunternehmer, 1 Kind, Oberriet



Barbara Keller-Inhelder
24.08.1968, Geschäftsführerin, 2 Kinder, Rapperswil-Jona



Thomas Müller
01.12.1952, lic. iur., Stadtpräsident, 3 Kinder, Rorschach



Lukas Reimann
18.09.1982, MLaw, Jurist, Wil

Kanton Solothurn



Christian Imark
29.01.1982, Polymechaniker, Area-Sales-Manager, Fehren



Walter Wobmann
21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsleiter, 3 Kinder, Gretzenbach

Kanton Schwyz



Marcel Dettling
01.02.1981, Landwirt, 3 Kinder, Oberiberg



Pirmin Schwander
28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, 2 Kinder, Lachen

Kanton Thurgau



Diana Gutjahr
13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin, Romanshorn



Markus Hausammann
20.09.1964, Meisterlandwirt, 4 Kinder, Langrickenbach



Verena Herzog
07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, 3 Kinder, Frauenfeld

Kanton Tessin



Marco Chiesa
10.10.1974, lic. rer. pol., Leiter Alterszentrum, 2 Kinder, Lugano (Ruvigliana)

Kanton Uri



Beat Arnold
24.04.1978, akademischer Mentalcoach, 1 Kind, Schattdorf

Kanton Waadt



Michaël Buffat
27.09.1979, Bankleiter, Vuarrens



Alice Glauser-Zufferey
18.10.1954, Landwirtin, 4 Kinder, Champvent



Jean-Pierre Grin
16.03.1947, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Pomy



Jacques Nicolet
24.10.1965, Landwirt, 4 Kinder, Lignerolle

Kanton Valais



Jean-Luc Addor
22.04.1964, Rechtsanwalt, 2 Kinder, Savièse



Franz Ruppen
24.02.1971, Advokat und Notar, Naters

für die Schweiz ...

Kanton Zug



Thomas Aeschi
13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard
MPA, Unternehmensberater, Baar

Kanton Zürich



Hans Egloff
27.11.1959, Rechtsanwalt, Aesch



Alfred Heer
12.10.1961, Kleinunternehmer,
Zürich



Roger Köppel
21.03.1965, Verleger und
Chefredaktor «Die Weltwoche»,
3 Kinder, Küsnacht



Thomas Matter
23.03.1966, Unternehmer,
4 Kinder, Zürich



Natalie Rickli
19.11.1976, Beraterin
Kommunikation, Winterthur



Gregor Rutz
12.10.1972, lic. iur., Unternehmer,
Zürich



Jörg Stahl
16.01.1968, eidg. dipl. Drogist,
Mitglied der Direktion, 1 Kind,
Brütten

Kanton Zürich



Barbara Steinemann
18.06.1976, lic. iur., Juristin, Watt



Mauro Tuena
25.01.1972, Computertechniker,
Zürich



Hans-Ueli Vogt
05.12.1969, Professor für
Privat- und Wirtschaftsrecht,
Zürich



Bruno Walliser
11.04.1966, eidg. dipl.
Kaminfegermeister, 2 Kinder,
Volkerswil



Claudio Zanetti
16.06.1967, lic. iur., Jurist,
Kommunikationsberater, Gossau

5 Ständeräte

Kanton Glarus



Werner Hösli
30.08.1961, Leiter Alterszentrum,
1 Kind, Haseln

Kanton Schaffhausen



Hannes Germann
01.07.1956, Betriebsökonom,
2 Kinder, Opfertshofen

Kanton Schwyz



Peter Föhn
11.12.1952, Unternehmer,
4 Kinder, Muotathal



Alex Kuprecht
22.12.1957, Relation-Manager,
2 Kinder, Pfäffikon

Kanton Thurgau



Roland Eberle
07.12.1953, Unternehmer,
dipl. Ing. Agr. ETH, 3 Kinder,
Weinfelden

... im Bundesrat

2 Bundesräte



Guy Parmelin
09.11.1959, Vorsteher des
Eidgenössischen Departements für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport (VBS), Bursins (VD)



Ueli Maurer
01.12.1950, Vorsteher des
Eidgenössischen Finanz-
departements (EFD), 6 Kinder,
Wernetschhausen (ZH)

... in den Kantonsregierungen

23 Regierungsräte der SVP

Kanton Aargau



Alex Hürzeler
01.06.1965, Vorsteher
Departement Bildung, Kultur und
Sport, Landstatthalter, Oeschgen



Franziska Roth
01.05.1964, Vorsteherin des
Departements Gesundheit und
Soziales, 1 Kind, Brugg

Kanton Appenzell Ausserrhoden



Köbi Frei
06.03.1959, Vorsteher Finanz-
departement, 2 Kinder,
Heiden

Kanton Bern



Christoph Neuhaus
10.05.1966, Vorsteher Justiz-,
Gemeinde- und Kirchendirektion,
1 Kind, Belp



Pierre-Alain Schnegg
13.12.1962, Vorsteher der
Gesundheits- und Führsorgedirek-
tion, 4 Kinder, Champoz

Kanton Basel-Landschaft



Thomas Weber
23.11.1961, Vorsteher
Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion, 3 Kinder,
Buss

Kanton Glarus



Marianne Lienhard
17.07.1968, Vorsteherin
Departement Volkswirtschaft und
Inneres, Elm

Kanton Luzern



Paul Winkler
13.04.1956, Vorsteher Justiz-
und Sicherheitsdepartement,
2 Kinder, Kriens

Kanton Nidwalden



Ueli Amstad
19.02.1959, Vorsteher
Landwirtschafts- und
Umweltdirektion, 3 Kinder, Stans



Res Schmid
25.02.1958, Vorsteher
Bildungsdirektion, 2 Kinder, Stans

Kanton St. Gallen



Stefan Kölliker
09.09.1970, Vorsteher
Bildungsdepartement, 3 Kinder,
Bronschhofen

Kanton Schaffhausen



Ernst Landolt
26.07.1953, Vorsteher
Volkswirtschaftsdepartement,
3 Kinder, Rüdlingen



Cornelia Stamm Hurter (ab 1.4.2018)
08.11.1961, Vorsteherin
Finanzdepartement, 2 Kinder,
Schaffhausen

Kanton Schwyz



Andreas Barraud
15.11.1957, Vorsteher
Volkswirtschaftsdepartement,
2 Kinder, Bannau



René Bünler
21.05.1969, Vorsteher
Umweltdepartement, 3 Kinder,
Lachen



André Rüeggsegger
30.06.1976, Vorsteher
Sicherheitsdepartement, Brunnen

Kanton Thurgau



Monika Knill
12.03.1972, Vorsteherin
Departement für Erziehung und
Kultur, 2 Kinder, Alterswilten



Jakob Stark
08.09.1958, Vorsteher
Departement für Finanzen und
Soziales, 2 Kinder, Buhwil

Kanton Tessin



Norman Gobbi
23.03.1977, Regierungspräsident
Justiz- und Sicherheitsdeparte-
ment, 2 Kinder, Quinto

Kanton Zug



Stephan Schleiss
26.12.1972, Vorsteher Direktion
für Bildung und Kultur,
Steinhausen



Heinz Tännler
10.05.1960, Vorsteher
Finanzdirektion, 3 Kinder, Zug

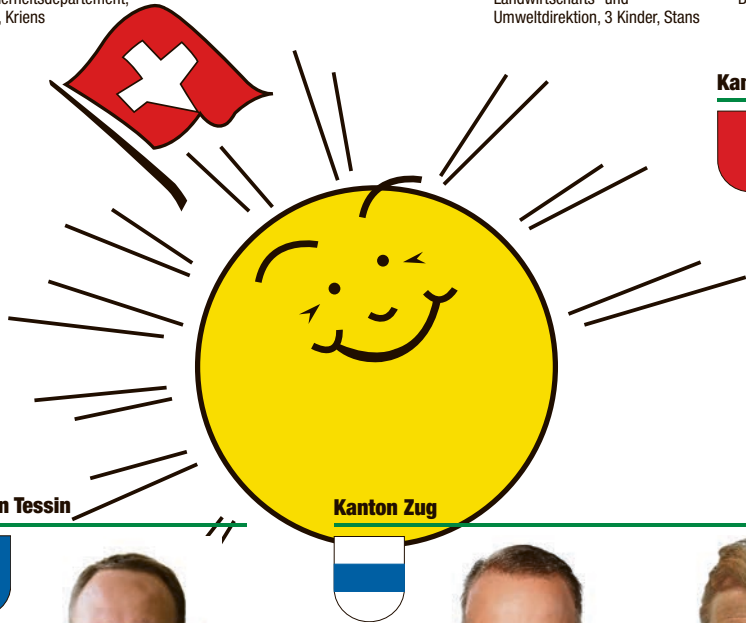
Kanton Zürich



Markus Kägi
25.02.1954, Vorsteher Baudirektion,
Präsident Regierungsrat, 2 Kinder,
Niederglatt



Ernst Stocker
20.04.1955, Vorsteher
Finanzdirektion,
2 Kinder, Wädenswil



Luzern und ihre Erfolgsgeschichte

Arbeitsplätze sind die beste Sozialversicherung

Vor allem Römer lebten vor und nach der Zeitenwende an den bevorzugten sonnigen Lagen von Luzern. Ab dem 6. Jahrhundert wanderten von Norden die heutigen Deutschen ein und mischten sich unter die Bevölkerung.

Bekanntlich feiert die Schweiz ihren Geburtstag seit dem 1. August 1291. Die Alte Eidgenossenschaft entstand als loses Bündnis von Uri, Schwyz und Unterwalden und lehnte sich so gegen die Vögte der Habsburger auf. Auch die Namen von diesen drei Helden sind bekannt. Es handelt sich dabei um Werner Stauffacher aus Schwyz, Walter Fürst aus dem Kanton Uri und Arnold von Melchtal.

Bis ins Jahr 1332 blieben Uri, Schwyz und Unterwalden unter sich. Dann trat Luzern in die Eidgenossenschaft ein.

Was zwischen dem 14. und 21. Jahrhundert alles passierte, wissen die Geschichtsbücher. Einen wegweisenden Entscheid fällte die Regierung und der Gewerbeverband zusammen mit den bürgerlichen Parteien zur Jahrtausendwende. Bis ins Jahr 2000 war Luzern eine Steuerhölle. Es herrschte allgemeine Aufbruchstimmung. Sowohl wohlhabende Privatpersonen, wie auch Firmen, kehrten dem Kanton den Rücken zu und zogen nach Zug, Schwyz und Nidwalden. Notgedrungen einigte man sich auf die heutige Steuerstrategie. Zwischen den Jahren 2011 und 2016 ist die Bevölkerung dadurch wieder von 380 000 Personen auf 400 000 gewachsen. Oft geht vergessen, dass auch das Wachstum bei den Einkommenssteuern mit der Entwicklung der Unternehmen zu tun hat. So sind auch die Steuereinnahmen in dieser Zeit um etwa 16% angewachsen. Zu Beginn des Jahres 2017 waren im Kanton Luzern 26 258 Firmen im Handelsregister eingetragen. Das sind 1056 Firmen mehr gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden 1795 Unternehmen neu gegründet. Während leider 288 Firmen aus dem Kanton wegzogen, siedelten 384 neue Firmen an. Diese Zahlen belegen eindeutig, dass die Tiefsteuerstrategie ein richtiger und wichtiger Entscheid ist. Doch was tun die Linken? Im Jahre 2016 lancierten sie die Initiative «Faire Unternehmenssteuer». Diese Initiative hätte den Kanton Luzern wieder an den Ort der Steuerhölle geführt. Am 25. September 2016 hat zum Glück die Luzerner Bevölkerung diese SP-Initiative abgelehnt. Dennoch wird bereits ein halbes Jahr später wieder von den linken Kreisen eine Erhöhung der Unternehmenssteuer gefordert. Es wird noch immer behauptet, dass die Steuerstrategie gescheitert sei. Demgegenüber entnimmt man einem Schreiben des Gewerbeverbandes folgende Erörterung. **«Der Kanton Luzern hat im Schweizer Vergleich eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und ein überdurchschnittliches Stellenwachstum. Die Tiefsteuerstrategie zieht also Arbeitsplätze an.»**

Kein Kanton ist dabei, die Unternehmenssteuern zu erhöhen, diverse werden sie senken. Der Kanton Luzern würde sich also wieder in einen unnötigen Wettbewerb mit anderen Kantonen begeben.

Die Tiefsteuerstrategie hilft eben nicht nur den Unternehmen, sondern gerade den finanziell Schwächsten. Die Richtigkeit dieser Aussage belegen auch folgende Statistiken. Bei den



Firmenwachstum in der Zentralschweiz

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Luzern	2	2.6	4.5	4.6	4.3	5.1	4.4	4.2
Zug	1.9	1.3	2	0.6	0.3	1.1	0.6	1
Schwyz	6.1	4.5	6.8	5.3	3.8	4.2	3.5	3.4
Uri	3.3	2.2	3.5	3.4	3	2.6	1.5	3
Obwalden	11.1	6.4	6	1.9	3.2	-0.3	-1.9	1
Nidwalden	1.7	2	3.8	2	-0.4	0.6	0.9	1

*Halbierung der Unternehmenssteuern in LU
Quelle: Volkswirtschaftsdepartement Kanton Schwyz/Handelsregistereinträge

Steuerbereich	Durchschnitt Veränderung alle Kantone	Veränderung Kanton Luzern
Massgebende Einkommen natürliche Personen	-0.50%	1.10%
Massgebende Vermögen natürliche Personen	3.90%	8.10%
Massgebende Gewinne juristische Personen	3.70%	14.10%
Massgebende Gewinne juristische Personen mit besonderem Steuerstatus	0.60%	13.60%

Quelle: Finanzdepartement Kanton Luzern

Steuergesetzesrevisionen hat man gerade die unteren und mittleren Einkommen entlastet. Heute bezahlen 3.3% der Personen 23.6% der Einkommenssteuern. Das heisst, jeder Wohlhabende zahlt die Steuern für sieben Mitbürger. Hingegen bezahlen die 42.6% finanziell Schwächsten nur 8% der Einkommensteuern – oder anders gesagt: Die Steuern von 42.6% werden grossmehrheitlich durch andere bezahlt.

Selbst der Waadtländer SP-Regierungsrat stellt heute fest, dass Arbeitsstellen nach wie vor die beste Sozialversicherung seien. Dies haben aber leider die Linken aus Luzern noch nicht kapiert.

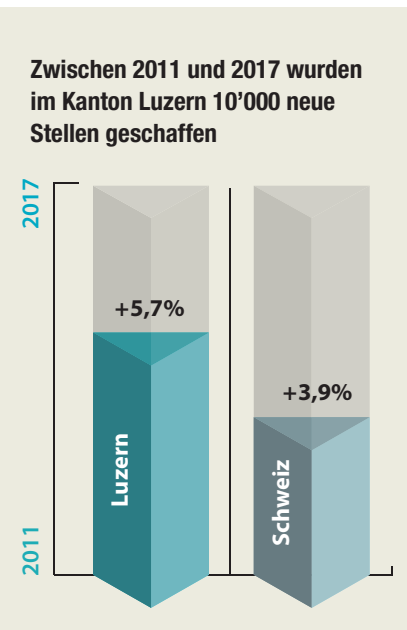
Mit ihren permanenten Vorstössen und Initiativen sowie realitätsverzerrenden Medienarbeit treiben die Gegner der Steuerstrategie das Ausgabenwachstum hoch. Gleichzeitig fordern sie eine weitere Entlastung der tiefsten Einkommen. Finanzieren wollen sie

diese durch eine Erhöhung der Progression, der Vermögenssteuer und eben der Unternehmenssteuern. Mit dieser populistischen Politik schaden sie aber der Luzerner KMU-Wirtschaft und damit ganz direkt den finanziell Schwächsten.

Ende November 2017 bestätigt die Luzerner Zeitung mit ihrem Bericht «Luzern schröpft Steuerzahler immer weniger». Darin recherchiert Journalistin Evelyn Fischer zum Beispiel, wie stark der Steuerpflichtige belastet wird. Dies untersuche nämlich der Steuerausschöpfungsindex des Bundes. Die neusten Zahlen zeigen auf, dass im schweizerischen Schnitt Kantone und Gemeinden rund einen Viertel ihres Potenzials durch Steuern abschöpfen. Im Jahre 2008 befand sich Luzern mit einem Wert von fast 30 Prozent über dem Durchschnitt auf Platz 18. Heute erreicht der Kanton Luzern nur noch einen Wert von 19,8 Prozent und liegt klar unter dem Durchschnitt. Gerade

mal sechs Kantone sind noch steuerünstiger als Luzern.

Quelle: Gewerbeverband Kanton Luzern



Luzerner Wirtschaft ist auf flottem Wachstumskurs



Paul Winiker, Regierungsrat

Der Kanton Luzern sei, so wird landauf und landab dargestellt, in der Krise und «spare sich tot». Der Regierung sei die Finanzpolitik gar aus den Händen entgleitet, wird behauptet. Doch stimmt diese herbeigeschriebene Situation tatsächlich? Oder ist das bereits Wahlkampf der Verlierer der letzten Wahlen, die sich emsig in Opposition üben? Richtig ist, dass das Volk der Regierung zwei klare Aufträge gegeben hatte. Erstens für die vielen Luzerner KMU und Unternehmen attraktivere Steuern anzubieten, damit diese mehr Arbeitsplätze anbieten und investieren können. Und zweitens hatte das Volk mit der Ablehnung der Steuererhöhung einen klaren Sparauftrag vorgegeben. Und das Parlament blieb standfest und hielt an der bewährten Schuldenbremse fest, ermöglicht aber den Spielraum, um aus der Talsohle herauszukommen. Durch diese klar festgelegten Eckwerte ist die Regierung verpflichtet, das nach wie vor fortschreitende Ausgabenwachstum zu bremsen. Niemand spricht davon, die bestehenden Aufgaben zu kürzen. «Sparen» heisst unter den tatsächlichen Verhältnissen, einfach weniger auszugeben.

Um die angespannte Situation zu meistern, hat die Regierung in allen Verwaltungsteilen eine umfassende Organisationsentwicklung eingeleitet. Hierbei wird überprüft, welche Leistungen der Kanton grundsätzlich zu erfüllen hat, und wenn, zu welchem Preis. Dieser Prozess ist nicht neu und gilt in allen grösseren privaten Unternehmen als regelmässige Managementaufgabe. Damit will die Regierung nachhaltig jährlich 40 Millionen Franken sparen. Der derzeit unbestritten enge finanzielle Spielraum des Kantons Luzern ist indessen nicht auf die «gescheiterte Steuerpolitik», wie es die Linken mantramässig behaupten, zurückzuführen. Im Gegenteil: Durch die geschickte Steuerpolitik wurden in der Privatwirtschaft über 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit liegt der Kanton Luzern weit über dem landesweiten Durchschnitt. Doch dieser positive Wachstumsschub hat einen negativen Beigeschmack erhalten: Durch einen Fehlanreiz im Berechnungs-Mechanismus erhält der Kanton Luzern deutlich weniger aus dem Finanzausgleich als früher. Und dies ist einer der wesentlichen Gründe für die derzeit angespannte Finanzlage. Oder spitz formuliert: Der Kanton Luzern wird dafür bestraft, dass er seine Hausaufgaben gemacht hat. Doch klagen hilft nicht weiter. Die Rechnungsmodelle zeigen nämlich, dass sich Luzern eigentlich nur in einer temporären «Finanzdelle» befindet. Vielen anderen Kantonen steht diese Hürde erst noch ins Haus – möglicherweise noch viel heftiger. Der Kanton Luzern wird dannzumal, davon bin ich überzeugt, längst aus dem Schneider sein. Wie die Luzerner Wirtschaft wird sich auch der Staat Luzern dann wieder auf positivem Wachstumskurs befinden; zum Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Land.

Verlagerung in Agglo-Gemeinden statt Parkhäuser?

Nach dem äusserst knappen Ja der Stimmbevölkerung zu einem carfreien Inseli herrscht nun die grosse Ungewissheit über die Umsetzung. Wobei nicht etwa der Standort der Parkverbots-Tafeln, oder etwas positiver formuliert, die landschaftliche Gestaltung der neuen Parkanlage, die grosse Knacknuss sind, sondern die simple Frage: «Wohin mit den Reisecars?»



Langfristige Parkierlösungen tragen oekologisch wie auch ökonomisch zur Entwicklung bei.

auch erwarten, dass die Gewinner der Inseli-Abstimmung die Bereitschaft aussenden würden, gemeinsam eine nachhaltige und tragfähige Lösung der Carparkierung auszuarbeiten. Doch davon ist von der Öko-Allianz nichts zu spüren. Wie schon vor oder während der Abstimmungskampagne wird aus dem linken Politikspektrum, wie auch aus dem Stadtrat, weiterhin nur die in der Praxis kaum umsetzbare Zersplitterung auf mehrere dezentrale Standorte genannt, mit der Verlegung der Carparkplätze in Wohnquartiere oder in die Agglomerationsgemeinden.

Parkhäuser als Lösung für die Carparkplätze

Um eine nachhaltige generationenübergreifende Lösung der Carparkierung zu ermöglichen, möchte die SVP weiterhin die Vision einer grösseren Parkierungsanlage offenhalten. Bekanntlich haben bisher drei private Initianten visionäre Projekte von

Grossraum-Parkierungsanlagen (Metro, Musegg, Seeparking) zur Realisierung vorgeschlagen. Diese privaten Projekte stehen nicht nur selber in direkter Konkurrenz zueinander, es wird ihnen auch seitens der Politik zu wenig zu erkennen gegeben, dass Luzern wirklich an einer nachhaltigen Lösung der Verkehrs- und Parkierungsproblematik interessiert ist, mit einer einhergehenden Chance zur Aufwertung des Stadtraumes.

Mit einem Vorstoss im Grossen Stadtrat fordert die SVP gemeinsam mit der FDP den Stadtrat nun auf, einen Planungsbericht zu erstellen, in welchem die Vor- und Nachteile aller drei (oder weiterer) Projekte gegenübergestellt werden. Gleichzeitig sollen durch Einbezug von Politik und Bevölkerung die Rahmenbedingungen definiert werden, welche eine mögliche Realisierung erfüllen müssten.

Öko-Allianz betreibt Fundamental-Opposition

Dazu braucht es aber auch von linker Seite die Bereitschaft, von starren politischen Ideologien abzuweichen. Doch leider ist das Gegenteil der Fall. So hat die Öko-Allianz aus purem Hass auf das Parking Musegg im Rat

mit einer Mehrheit von nur einer Stimme einen Vorstoss durchgedrückt, der praktisch jede Bautätigkeit im Musegghügel verbietet. Ironischerweise haben die Grünliberalen mit ihrem Vorstoss auch gleich das Parkhaus Metro abgeschossen, für das sie angeblich eine Initiative starten wollen. Denn die geplante Metro würde ja dann auch durch den Musegghügel führen.

SVP setzt sich für langfristige Parkierlösung ein

Mit der Pflasterli- und Verhinderungspolitik von Rot-Grün lassen sich die Verkehrsprobleme in der Stadt Luzern nicht lösen. So wird auch im Bericht des Stadtrats zur Carparkierung Anfang 2017 das Parkhaus Musegg «als einzige langfristige, momentan bekannte, Alternative zu den bestehenden Caranhalteparkplätzen Schwanen- und Löwenplatz erachtet».

Zusammen mit den Wirtschaftsverbänden und den bürgerlichen Parteien CVP und FDP sammelte die SVP deshalb Unterschriften für die Initiative «Aufwertung der Innenstadt» mit einem Parkhaus Musegg. Nur mit einer solchen Lösung bleibt die Stadt Luzern touristisch erreichbar und wirtschaftlich attraktiv.

Luzerner Tourismus – der Motor der Zentralschweiz



Da wohnen, wo andere Urlaub machen – ein guter Ruf ist schnell verloren.

Seit Jahrhunderten ist die Stadt Luzern eine erfolgreiche Tourismusdestination. Im Vergleich mit 149 Destinationen war sie 2017 sogar die erfolgreichste Ganzjahresdestination im Alpenraum überhaupt. Durch eine ausgewogene Gästestruktur (CH 24 %, EU 22 %, Amerika 19 %) kommen viele Touristen in die Stadt Luzern. So steht die kleine beschauliche Stadt Luzern mit lediglich 80 000 Einwohnern in direkter Konkurrenz zu Millionenstädten wie Paris, Berlin und Rom.

Doch nicht nur für die Stadt ist dies ein Gewinn, sondern für den ganzen Kanton. Bereits 2014 hat eine Studie ergeben, dass der Kanton durch den Tourismus eine direkte Bruttowertschöpfung von über einer Milliarde Franken hat und über 11 000 Vollzeitstellen bietet.

Eigentlich alles in Ordnung, könnte man meinen. Wären da nur keine linken Touristen-Hasser... In den letzten Jahren wurde insbesondere von linker Seite immer mehr Kritik am Tourismus laut. Insbesondere der Cartourismus hat es den Linken

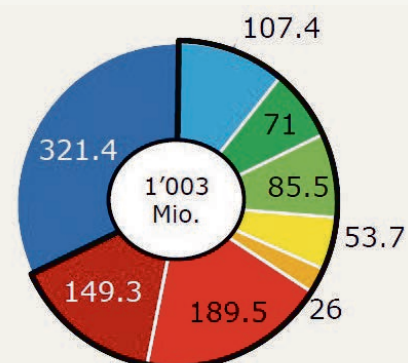
angetan. Eigentlich seltsam: Klebt man an einen halb leeren Car ein VBL-Logo und reserviert dafür eine ganze Fahrspur, dann ist das für die Linken das höchste der ökologischen Gefühle. Fährt derselbe Bus ohne VBL-Logo vollbepackt mit Touristen auf der Autospur auf den Schwanenplatz, dann ist das Umweltverschmutzung und eine störende Verkehrsbelastung. Dabei zeigt zum Beispiel eine Studie der Klimaschutz-Stiftung «MyClimate», dass der Cartourismus eine der ökologischsten Reiseformen überhaupt ist, insbesondere für europaweite Reisen. Das interessiert aber weder die Öko-Allianz noch den linken Stadtrat. Man versenkt mutwillig das privat finanzierte Parkhaus Musegg, bevor das Projekt vorge-

Weiter auf der nächsten Seite

Volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus

Touristische Wertschöpfung (in Mio.) & Beschäftigung (VZA) im Kanton Luzern

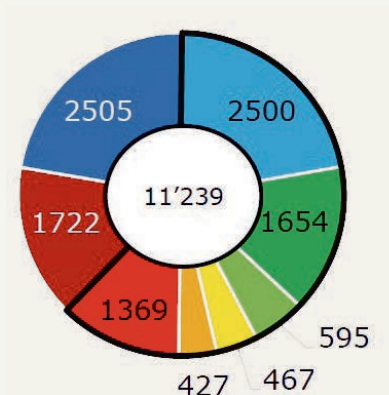
Wertschöpfung



54% von touristischen Leistungsträgern

Beherbergung
Gastronomie
Transport
Reiseveranstalter

Beschäftigung



62% durch touristische Leistungsträger

Unterhaltung, Kultur, Sport
Detailhandel
Tourismusnahe Branche
Übrige Wirtschaft

- 5% der gesamten Wertschöpfung wird im Tourismus generiert.
- 6% aller Vollzeitäquivalenten im Kanton Luzern entfallen auf den Tourismus.

Quelle: Institut für Tourismuswirtschaft, Hochschule Luzern

Von vorheriger Seite

stellt wird. Und man sperrt die Insel-Carparkplätze und verspricht wider besseres Wissen, dass man dann schon Alternativen für die Parkplätze hätte.

Ausländer Ja – Touristen Nein

Doch es sind keineswegs nur die Cars, die den Linken ein Dorn im Auge sind. Man hört immer mehr, dass es zu viele Touristen in den Gassen hätte. Man will eine Obergrenze für die Touristen einführen und die Hotelkapazitäten kontingentieren. Zudem fordern sie, dass aus Sicht der Öko-Allianz der Anteil an umweltfreundlichen Touristen gefördert wird. Als ob die Stadt Luzern Einfluss auf die Wahl der Urlaubs-Entscheidung einer asiatischen Familie hätte, die diese zu Hause auf ihrem Sofa trifft. Rot-Grün fordert offene Grenzen und damit eine unbegrenzte Zuwanderung, was hohe Kosten beim Ausbau der Infrastruktur nach sich zieht. Aber die Touristen, die nur hierherkommen, um viel Geld auszugeben, die will man dann seltsamerweise nicht.

Hohe Wertschöpfung für Stadt und Kanton

Dabei sind es gerade die Touristen, die für eine hohe Wertschöpfung sorgen. Während sie kaum städtische Infrastruktur beanspruchen, geben zum Beispiel chinesische Reisende im Durchschnitt pro Tag rund 450 Franken aus, ein schweizerischer Spitzenwert. Das betrifft aber nicht nur die Tourismusbranche in der Stadt Luzern. Viele KMUs im Kanton Luzern profitieren indirekt von dieser äusserst positiven Entwicklung. So sind es die Dienstleistungsbetriebe, die für die Touristen und die Tourismusbetriebe ihre Dienstleistungen erbringen dürfen. Viele Handwerker profitieren von Aufträgen, zum Beispiel bei Reparaturen, Um- und Neubauten, wie zum Beispiel beim Hotel Schweizerhof. Auch die gesamte Lebensmittel-Industrie, vom Bauern über den Grosshändler bis zum Bäcker, profitiert von Aufträgen durch Hotels und Gastronomiebetriebe.

Ein guter Ruf ist schnell verloren ...

Wir können von einer unglaublichen Landschaft und einer schönen Stadt am See profitieren. Unsere nah beieinanderliegenden Sehenswürdigkeiten machen uns zur Top-Tourismusdestination. Aber die Touristen verlangen auch Gegenleistungen: eine gute Erreichbarkeit und eine ehrliche Gastfreundschaft. Denn der über lange Zeit aufgebaute gute Ruf der Stadt Luzern kann in der heutigen Zeit schnell Schaden nehmen. In sozialen Netzwerken werden Negativerlebnisse gepostet und auf Bewertungsportalen wie TripAdvisor mangelnde Gastfreundschaft kritisiert. Unlängst kam deshalb Interlaken in die Schlagzeilen und es wurde die Frage gestellt, ob in Interlaken der Touristenhass wachse. Soweit darf es in der Stadt Luzern nicht kommen.

Da wohnen, wo andere Urlaub machen

Stadt und Kanton profitieren von einem starken Tourismus. Deshalb muss auch die Politik dafür sorgen, dass eine ausreichende Infrastruktur bereitsteht. Seien wir dankbar, dass der Luzerner Tourismus trotz starkem Franken wieder stabile und sogar steigende Wachstumswahlen zeigt, während andere Wirtschaftszweige mit teilweise grossen Umsatzeinbussen leben müssen. Es wäre falsch, den Tourismus nur als Belastung zu sehen. Vielmehr trägt er erheblich zu unseren Steuereinnahmen bei, mit denen dann wieder Leistungen für die heimische Bevölkerung erbracht werden. Freuen wir uns deshalb an unserer beliebten und schönen Stadt und entwickeln wir Lösungen, die den Tourismus und damit den ganzen Kanton nachhaltig fördern.

Linke Fundis gegen Bypass und Spange Nord

Dass Stadt und Agglomeration Luzern beim Verkehr ein Problem haben, ist auch beim Bund und beim Kanton bekannt. Aus diesem Grund wurden Projekte erarbeitet, wie das Zentrum langfristig entlastet werden soll und gleichzeitig die Möglichkeit erhält, weiter zu wachsen. Dabei achten Bund und Kanton darauf, dass die einzelnen Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausgespielt werden müssen und haben mit dem Seetalplatz, dem Durchgangsbahnhof, dem Bypass und den Spangen Süd und Nord ein ausgewogenes Paket geschnürt, das sie auch selbst finanzieren. Aber ausgerechnet die Stadtregierung, unterstützt von der fundamentalen Öko-Allianz, spielt da nicht mit.

Der Umbau des Seetalplatzes hat es gezeigt: Manchmal muss man mit der grossen Kelle anrühren, damit eine langfristige Lösung geschaffen wird. Gerade die Öko-Allianz, die sich händeringend gegen den Umbau des Seetalplatzes gewehrt hat, ist heute vermehrt im «Nordpol» anzutreffen, der Buvette am Reusszopf. Gekommen ist man mit dem Fahrrad über die neuen und vom Autoverkehr entflehteten Radwege oder mit dem öffentlichen Verkehr über den neuen Bushub am Seetalplatz. Man benutzt die neuen Spazierwege entlang der Emme und geniesst zusammen die weiten Badegelegenheiten durch die Umgestaltung des Zusammenflusses von Reuss und Emme und den weithin geschätzten grossen Abenteuerspielplatz. Leider zeigen sich die Linken wenig lernfähig: Grossprojekte, die auch nur im Mindesten den motorisierten Individualverkehr begünstigen könnten, werden deshalb konsequent abgelehnt.

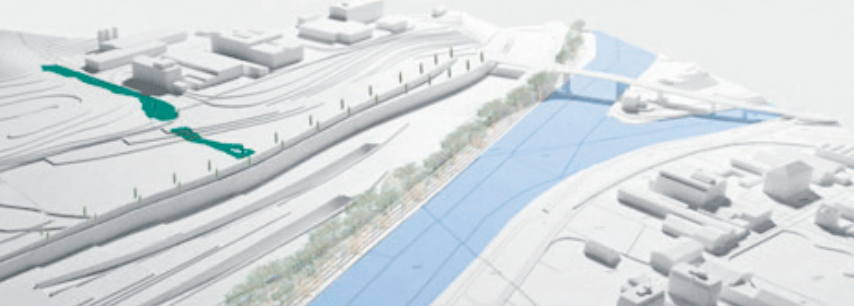
Bypass und Spangen – Bund und Kanton greifen der Stadt unter die Arme

Für den Bund ist das Nadelöhr Stadt Luzern schon lange ein Dorn im Auge. Die «Stadtautobahn» blockiert Tag für

Tag den wichtigen Durchgangsverkehr auf der A2 von Nord nach Süd und sorgt für lange Staus bis Buchrain. Aus diesem Grund hat das Bundesamt für Strassen in Zusammenarbeit mit dem Kanton den Bypass Luzern entwickelt. Mit einem zusätzlichen Tunnel soll die Stadt umfahren werden, die «Stadtautobahn» bliebe lediglich als Zufahrt für die Stadt Luzern. Der Bundesrat hat das Projekt bereits im November 2016 genehmigt. Finanziert werden die 1,7 Mia. Franken durch den Bund respektive durch den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF, der von den Stimmbürgern Anfang 2017 angenommen wurde. Bereits hier hat sich der Stadtrat sehr kritisch geäussert und verweist auf das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität, das den Autoverkehr für alle Zeiten auf dem Stand des Jahres 2010 plafonieren will.

Heftiger Widerstand von Links gegen Spange Nord

Eine wichtige Voraussetzung des Bundes für den Bau des Bypasses ist die Spange Nord. Diese muss durch den Kanton finanziert werden, allenfalls mit einer teilweisen Beteiligung des Bundes. Die Kosten für diese Entlas-



tungsstrasse vom Gebiet Schlossberg zum neuen Autobahnanschluss Lochhof betragen rund 200 Mio. Franken. Gegen dieses kantonale Projekt, das vor allem der Stadt Luzern zugute kommt, wehrt sich der Stadtrat mit allen Mitteln. So will er die geplante Fluhmühle-Brücke verhindern und ist auch der Meinung, dass das bisschen Verkehrschaos eine Erweiterung des Strassennetzes nicht rechtfertigen würde.

Bürgerliche in der Stadt zählen auf Kanton und Bund

Das Bild, dass die «linke» Stadt diese Projekte nicht will, täuscht. Es ist lediglich eine knappe Mehrheit der Öko-Allianz aus SP, Grünen und Grünliberalen, die diese wichtigen Entwicklungen verhindern wollen. Dabei wäre es gerade für die KMUs der Stadt Luzern wichtig, dass sie wieder besser erreichbar sind. Nicht erst seit dem Bau der Mall of Switzerland hat sich gezeigt, dass der Wettbewerb in Stadt und Agglomeration immer härter wird. Es bleibt zu hoffen, dass Kanton und Bund erkennen, dass diese Projekte trotz Widerstand der linken Fundamentalisten weiterverfolgt werden müssen. Der vom Regierungsrat vorgeschlagene Projektie-

rungskredit ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir können uns nämlich sicher sein: Wenn die Projekte dereinst umgesetzt sind, werden die Linken dann auch wieder an den dadurch neu geschaffenen Freiräumen anzutreffen sein.



Wie die Unternehmen aus Luzern gedrängt werden

Kleine- und mittlere Unternehmungen bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft, dies ist auch in der Stadt Luzern der Fall. Für Firmen sind nicht nur der Steuersatz massgebend, sondern auch diverse andere Standortfaktoren. So zum Beispiel auch Parkplätze, Anbindung an den öffentlichen Verkehr, wenig regulatorische Vorschriften, Auflagen und Gebühren.

Unternehmen liefern nicht nur Steuern ab, sondern bieten auch Arbeitsplätze und engagieren sich für die Allgemeinheit, zum Beispiel durch Sponsoring. Aus diesem Grund gilt es, alles daranzusetzen, dass ein Wegzug von Unternehmungen aus Stadt und Kanton verhindert werden kann. Leider konnte in der Vergangenheit eher das Gegenteil beobachtet werden.

So verlässt die Firma Mobility mit ihren rund 130 Mitarbeitern die Stadt und damit den Kanton Luzern Richtung Rotkreuz, da sie am jetzigen Standort an ihre Kapazitätsgrenzen stossen und ein Umzug an einen den geplanten Alternativstandorte verhindert wurde.

Unternehmen kaum noch erreichbar

Die Erreichbarkeit für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) wird durch den linken Stadtrat und unterstützt von der Öko-Allianz immer weiter eingeschränkt. Leider werden damit alteingesessene Unternehmen aus der Stadt gedrängt. So zeigt auch eine Umfrage des Kantonalen Gewerbeverbands, dass erwartet wird, dass sich die bereits heute problematische Erreichbarkeit der Stadt Luzern in

diesem Jahr noch weiter verschlechtern wird. Im Hirschmattquartier wurden unter dem Deckmantel der «städtebaulichen Aufwertung» 76 Oberflächenparkplätze aufgehoben. Ein derartiger Abbau ist nicht nur ärgerlich und mühsam für die Anwohner, sondern auch Gift für das lokal angesiedelte Gewerbe. Die Reduktion um 33 Parkplätze an der Bahnhofstrasse verschärft das Ganze noch mehr.

Reglemente schränken Entwicklung ein

Auch Neu- oder Umbauprojekte werden mittels energetischen Auflagen unnötig verteuert. Die Auflage eines 2000-Watt-Areals verunmöglicht es im Grundsatz, eine ausreichende Anzahl Kundenparkplätze zu erstellen.

All diese Beispiele zeigen exemplarisch auf, dass auch in Zukunft alles darangesetzt werden muss, die Rahmenbedingungen optimal zu gestalten. Die Erreichbarkeit vor allem auch mit dem Auto ist einer der wichtigsten Standortfaktoren, um neue Unternehmen ansiedeln zu können, aber auch um bestehende KMUs zu behalten und sie damit im Wettbewerb zu stärken anstatt zu schwächen.



Schütze die Landwirte – Schütze Schweizerfleisch!

Luzerner Landwirtschaft – mehr als nur ein Wirtschaftszweig

Im Vergleich zur übrigen Schweizer Landwirtschaft ist die Luzerner Landwirtschaft überdurchschnittlich wertschöpfungsintensiv. Allein die Wertschöpfung der rund 4800 Bauernbetriebe mit ihren ca. 13 000 Beschäftigten macht über eine Milliarde Franken aus. Im flächenmässig drittgrössten Agrarkanton hängt jeder neunte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Agrarbusiness ab. Die Vernetzung der Luzerner Bauernbetriebe mit der übrigen Wirtschaft ist hoch. Das Gewerbe profitiert von einer hohen Investitionsfreudigkeit. Mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes (ca. 580 Mio. Franken) wird wieder für Vorleistungen wie Landmaschinen, Dünge- und Futtermittel, Saatgut oder Bauten und Einrichtungen ausgegeben. Auch die nachgelagerte lebensmittelverarbeitende Branche ist dank der Nähe zu den Produktionsgebieten überdurchschnittlich stark, mit Betrieben wie Emmi, Hochdorf-Nutritec, Ramseier und vielen mehr. So sind in den vor- und nachgelagerten Firmen rund 8300 Personen tätig.

Die Ökologisierung der letzten Jahre bedrängt allerdings die klassische Lebensmittelproduktion. Dies hat Folgen für die wirtschaftliche Bedeutung der Luzerner Landwirtschaft und somit auch für die vor- und nachgelagerten Betriebe. Die Mehrheit der Bauern sieht sich aber prioritär als Produzenten, von gesunden und qualitativ hochstehenden Lebensmitteln. Sie legt auch hohen Wert auf Transparenz und Konsumentennähe. Die Luzerner Bauern produzieren nicht nur Nahrungsmittel, nein, sie prägen auch das Landschaftsbild. Dank vielfältiger und kleinstrukturierter bäuerlicher Familienbetriebe ist ein grosser Reichtum an Landschaften entstanden, wie das Luzerner Seetal, das Hinterland oder das schöne Entlebuch, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Art der Landwirtschaft prägt das Landschaftsbild ausserordentlich stark und hat einen unterschätzten Wert für den Luzerner Tourismus und insbesondere für die dezentrale Besiedelung. Auch heute gilt noch der Grundsatz: «Geht's den Bauern gut, geht's allen gut.»

Drei SVP-Nationalräte, wie sie ihren Kanton sehen! So sehe ich «MEIN Luzern»

Luzern im Herzen der Schweiz

Felix Müri, Nationalrat SVP Luzern, Emmenbrücke

Unser Kanton Luzern liegt geografisch im Herzen der Schweiz. Er hat mit seiner besonderen Lage zwischen Mittelland und Alpen, mit der tourismusstarken Stadt Luzern am idyllischen Vierwaldstättersee und den direkten Verkehrsanbindungen nach Bern, Basel, Zürich, ins Tessin und in die Ostschweiz sowie mit seiner Funktion als wirtschaftlicher Knotenpunkt der Zentralschweiz eine besondere Bedeutung. Diese Bedeutung hat auch einen historischen Kern. So komplettierte Luzern die Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden als Stadtkanton und bildete die vierte Waldstätte. Die Stadt hatte schon zu dieser Zeit eine Schlüsselstellung im aufkommenden Gotthardverkehr und als Verwaltungszentrum inne.

Dieses Selbstverständnis von Luzern als vierter Kanton der Alten Eidgenossenschaft in der Mitte der Schweiz bildet das Fundament für unser Politikverständnis. Das Herz der Eidgenossenschaft ist unsere direkte Demokratie, unser Föderalismus sowie die Unabhängigkeit und Neutralität. Die Mitbestimmung des Schicksals unseres Landes, die Freiheit der Kantone, die Eigenständigkeit gegenüber fremden Mächten sowie das Heraushalten aus machtpolitischen Konflikten sind Werte, die die Schweiz und die Kantone gleichermaßen

verbinden. An dem müssen wir festhalten. In Anbetracht der grossen gesellschaftlichen und politischen Fragen der kommenden Jahre wird dies umso wichtiger. Die Frage wird sein, ob wir in unserem Land selbständig über die Regeln des Zusammenlebens entscheiden wollen oder fremde Richter und Beamte uns regieren. Die Frage wird sein, ob wir uns an die EU anbinden wollen und damit politisch-institutionell in die EU einverleibt werden. Wir werden uns fragen müssen, ob wir an unserer direkten Demokratie und an unserem Föderalismus festhalten wollen. Wenn der Kanton Luzern und die Schweiz weiterhin erfolgreich bleiben wollen, müssen wir weiterhin flexibel und an unsere Bedürfnisse und Gegebenheiten angepasst entscheiden können. Wir müssen unsere Steuern und Regulierungen selber bestimmen können. Freiheit und Wohlstand werden nur so in Zukunft gesichert bleiben. Das ist der Kern der Demokratie. Das sind die Fundamente unserer Schweiz und das ist das Herz von Luzern.

Die SVP wird sich auch in Zukunft für die Selbstbestimmung, die Demokratie, die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz und für die Freiheit von Volk und Kantonen einsetzen.



Das Glas ist halb voll und nicht halb leer

Franz Grüter, Nationalrat SVP Luzern, Eich

Das Erfreuliche vorab: Der Kanton Luzern prosperiert und hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Noch Ende der neunziger Jahre galt der Kanton Luzern als die grosse Steuerhölle in der Schweiz. Unternehmungen wendeten sich ab vom Kanton Luzern und selbst viele Privatleute haben sich steuerlich attraktiveren Kantonen als Wohnort zugewandt und dem Kanton Luzern den Rücken gekehrt.

Heute bietet der Kanton Luzern in mancherlei Hinsicht viel attraktivere Rahmenbedingungen als noch vor zehn Jahren. Es wurde etliches investiert in ein viel besseres Steuerklima im Kanton und es wurde auch viel investiert in den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen.

Die Resultate sind sichtbar. Seit 2011, also seit der Senkung der Unternehmenssteuern, wurden über 8000 neue Stellen geschaffen, und die Einnahmen der Firmensteuern sind wieder auf gleichem Niveau wie vor der Senkung.

Ende gut, alles gut? Leider nein! Allzu oft werden Chancen verpasst, und noch sind die Standortvorteile des Kantons Luzern zu wenig bekannt. So habe ich es sehr bedauert, dass das Informatikdepartement der HSLU nicht im Kanton Luzern angesiedelt wurde, sondern im Kanton Zug. Auch bei der Ansiedlung des Innovationsparks, in welchem viele innovative Firmen einen neuen Standort im Kanton Luzern hätten finden können, sind wir leer ausgegangen. Die Zuger Regierung hat sich hier mit vollstem Gewicht eingeschaltet und auch diese Perle in den Kanton Zug geholt. Das sind verpasste Chancen! Auch wenn ich international unterwegs bin und mit Firmen spreche, die sich in der Schweiz ansiedeln möchten, so erscheint der Kanton Luzern nur selten auf der Landkarte, da noch nicht überall bekannt ist, was wir zu bieten haben. Auch dass sich namhafte Unternehmungen, wie beispielsweise die Firma Mobility, aus dem Kanton Luzern ver-

abschieden, ist sehr bedauerlich und stimmt nachdenklich. Vor allem wenn man die Begründung hört, dass im Kanton Luzern einfach nicht genügend Bürofläche verfügbar sei. Damit gehen wertvolle Arbeitsplätze verloren. Auch hier sind unsere Nachbarkantone, allen voran der Kanton Zug, agiler und dynamischer.

Und wir sind daran, weitere wichtige Treiber der prosperierenden Wirtschaft zu schwächen. Die Stadt Luzern ist weltweit einer der wichtigsten Uhrenhandelsplätze. Wir sind stets auf Rang 2 oder 3. Die Uhrenindustrie trägt viel zum Erfolg unseres Kantons bei. Aber wegen einer unsäglichen linken Politik in der Stadt Luzern versucht man, in der Stadt Parkplätze für Touristen und Cars abzubauen oder zu verbannen. Man sägt mit einer solchen Politik am eigenen Stuhlbein. Irgendwann werden wir uns zurückbesinnen müssen, dass wir in der Schweiz keine Rohstoffe haben, sondern selber für den Wohlstand sorgen müssen. Insofern haben wir trotz vieler positiver Entwicklungen keine Zeit uns zurückzulehnen. Die SVP wird sich auch künftig dafür einsetzen, den Kanton Luzern attraktiv zu halten, die Steuern tief zu halten und sich bemühen, dass wir weiterhin gute Rahmenbedingungen haben. Nur so kann der Wohlstand in unserem Kanton weiter erhalten bleiben und ausgebaut werden.



bedingungen haben. Nur so kann der Wohlstand in unserem Kanton weiter erhalten bleiben und ausgebaut werden.

«Mein Lieblingsplatz im Kanton Luzern ist der Napf. Dort lade ich meine Batterien und kann in der grossen Weite dieser schönen Gegend auch mal den Gedanken nachgehen und reflektieren. Ich wandere pro Jahr mindestens zehnmal auf den Napf, den ich als meinen Hausberg bezeichnen würde. Die Menschen, die ich dort antreffe, sind geerdet und inspirieren mich gleichzeitig.»

Der Kanton Luzern – in meinen Augen

Yvette Estermann, Nationalrätin SVP Luzern, Kriens

Als ich vor über 20 Jahren meinen ersten Blick über die Dächer von Luzern, über den See und den Pilatus schweifen liess, wusste ich: Hier möchte ich wohnen! Als Wohngemeinde bot sich Kriens an, und ich freue mich heute noch jeden Tag über die tolle Wohnlage unserer Gemeinde!

Unser schöner Kanton Luzern ist für mich aber mehr als nur ein «Wohnkanton». Vor allem schätze ich die Menschen hier, welche mich sofort aufgenommen und voll akzeptiert haben. Dazu die herrliche Natur. Für mich ist es deshalb selbstverständlich, immer etwas mehr zu tun als das Notwendige, denn es ist wichtig, die besten Lösungen für uns, für unsere Gemeinde und unser schönes Land zu suchen und zu finden. Es gilt auch, die Vielfalt des Kantons zu erkennen, zu fördern und zu unterstützen.

In unserem Kanton gibt es sehr viele grosse, aber auch kleinere Firmen, welche auf ein wirtschaftsfreundliches Klima angewiesen sind. Die Firmen bieten den Menschen wichtige Arbeitsplätze und zahlen Steuern. Es gilt deshalb, die Steuerbelastung niedrig und den Standort Luzern auch in Zukunft attraktiv zu halten. Ich versuche immer, Anregungen aus der Bevölkerung in meine Arbeit zu integrieren und Probleme der Bürger aufzunehmen. Oft sprechen mich deshalb Menschen auf der Strasse an und drücken ihre Anerkennung für meine Arbeit aus. Das macht mir Mut, in dieser Richtung weiterzumachen. Ich fühle mich hier in Kriens zu Hause und engagiere mich deshalb gerne – zusätzlich zum Nationalrat – auch im Einwohnerrat unserer Gemeinde.

Leider gibt es in unserem Kanton aber auch ernsthafte Probleme, die es zu lösen gilt: Die Verkehrssituation – hauptsächlich in Luzern und in der Agglomeration – ist nicht optimal. Eine Menge Staus, morgens und abends, kosten die Autofahrer viel Nerven und Zeit. An mehreren Orten besteht ein Bauboom: Blöcke und neue Wohnungen entstehen, neue Bürger ziehen ein.

Die Strassen sind aber schon jetzt oft total überlastet, und man fragt sich, wie es kommt, wenn alle diese Wohnungen, welche jetzt im Bau sind, besetzt werden ...

Das zweite Problem im Kanton sind die ständig steigenden Sozialkosten. Jede vierte alleinerziehende Person in der Stadt Luzern, muss von der Sozialhilfe unterstützt werden. Tendenz steigend. Aber auch für Familien, für Haushalte mit mindestens einem Kind, ist das Sozialhilferisiko doppelt so gross wie für kinderlose Familien. Bei den 18- bis 30-jährigen alleinerziehenden Luzernern ist sogar die Hälfte von der Sozialhilfe abhängig! Das sind bedenkliche Zahlen. Dazu werden die Gemeinden künftig zusätzlich noch mehr belastet, denn für aufgenommene Flüchtlinge, welche mehr als zehn Jahre in der Schweiz leben, müssen dann die Gemeinden aufkommen! So werden diese mit noch höheren Sozialkosten konfrontiert.

Auch die Sicherheit der Bevölkerung ist gefährdet. Es gibt immer mehr Kriminalität, aber bei der Polizei wird gespart. Ist das der richtige Weg? Ich glaube nicht. Für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen, ist nämlich die erste und wichtigste Aufgabe eines Staates! Dafür setze ich mich ein, ebenso für eine starke und wehrfähige Armee, auf deren Hilfe Gemeinden oft z.B. bei Naturkatastrophen angewiesen sind.

Mein Herz schlägt für unseren Kanton, denn hier bin ich glücklich!



«Es war Liebe auf den ersten Blick. Den Krienser Hausberg habe ich sofort ins Herz geschlossen. In meiner knapp bemessenen Freizeit genieße ich oft eine ausgedehnte Wanderung im Pilatusgebiet. Dort finde ich meinen Ausgleich zur beruflichen Tätigkeit und zum Alltag. Und es muss nicht immer der Gipfel sein...!»

Die SVP im Bundesrat



Guy Parmelin

Geboren am 9. November 1959

Verheiratet

Bürger von Bursins (VD)

Bundesrat seit 2015

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Guy Parmelin wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen 2015 als zweiter SVP-Bundesrat gewählt. Als dienstjüngster Bundesrat erbte er von Ueli Maurer das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Schon in seinem ersten Jahr als Bundesrat gewann Guy Parmelin die Volksabstimmung über das neue Nachrichtendienstgesetz, mit dem der erhöhten Terrorbedrohung Rechnung getragen wird. Daneben nahm er den Aufbau der bodengestützten Luftabwehr an die Hand und spürte den Ersatz der F/A-18-Kampfflugzeuge vor. Auch auf die neue Form der Cyber-Bedrohungen will Guy Parmelin das VBS ausrichten. Erste Pflöcke dazu hat er bereits eingeschlagen. Mit Guy Parmelin erhält das Bundesratsgremium zudem eine zusätzliche kritische Stimme zur eingeschlagenen Asyl-, Migrations- und Europapolitik.

Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat führte Guy Parmelin zusammen mit seinem Bruder den väterlichen Hof im waadtländischen Bursins. Er ist gelernter Landwirt und Winzer und dafür bekannt, dass er seinen Gästen gerne Waadtländer Saucisson zusammen mit einem guten Wein aufischt. Er verliert auch in ernsten Zeiten nie seinen Humor.



Bundesrat Guy Parmelin verliert auch als Verteidigungsminister nie den persönlichen Kontakt zu seiner Truppe.



Der Sportminister mit der Schweizer Unihockey-Nati nach deren erstmaligem Sieg gegen Schweden in Kirchberg.

Ueli Maurer wurde am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt und war bis Ende 2015 Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ihm ist es zu verdanken, dass der ewige Abbau bei der Armee endlich gestoppt wurde und in den nächsten Jahren mehr finanzielle Mittel für die wichtige Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden. Damit setzte Ueli Maurer mit seiner letzten Amtshandlung als Vorsteher des VBS ein starkes Zeichen für eine wehrfähige Schweiz.

Am 1. Januar 2016 übernahm Ueli Maurer das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Kaum hatte Maurer das Zepter übernommen, führte er im EFD seinen Kampf für eine starke und unabhängige Schweiz fort. Nachhaltig verteidigt er den Banken- und Finanzplatz Schweiz gegenüber dem Ausland und stärkt damit die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit. Davon profitieren wir alle im Land.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung leitete er eine landwirtschaftliche Genossenschaft und war dann bis zur Wahl als Bundesrat Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbands. Abseits des beruflichen Umfelds ist Ueli Maurer dafür bekannt, dass er immer noch regelmässig mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, jedoch Süssem nicht abgeneigt ist. Einem Dessert kann Ueli Maurer nur in den seltensten Fällen widerstehen.



Ueli Maurer

Geboren am 1. Dezember 1950

Verheiratet, 6 Kinder (Jahrgänge: 1978 - 1997)

Bürger von Adelboden (BE) und Hinwil (ZH)

Bundesrat seit 2009

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)



Als kompetenter Finanzminister ist Bundesrat Ueli Maurer vielerorts ein gefragter Redner.



Ueli Maurer ist auch als Regierungsmitglied die Verbundenheit zu seiner Heimat und zu Schweizer Werten ein wichtiges Anliegen.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz ein.

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- ☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** oder **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001 Y.**
- ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich unterstütze die Begrenzungs-Initiative für eine massvolle Zuwanderung. Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

